



PROTOKOLL

**LANDKREIS
ERDING**

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 24.06.2008
Az.:

2. Sitzung des Kreisausschusses am 10.06.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Hofstetter, Franz Josef (bis 17.00 Uhr)

Kuhn, Günther

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Peis, Hans

Schmidt, Horst

Sterr, Josef

Treffler, Stephan

Wiesmaier, Hans

i.V.v. KR Schwimmer Jakob

i.V.v. KRin Stieglmeier Helga

i.V.v. KR Knur Herbert

i.V.v. KRin Scharf-Gerlspeck Ulrike

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer Martin, Landrat

von der Verwaltung:

Fischer Heinz

Pelger Caroline

Helfer Helmut

Graßl Reiner (TOP 1 und 2)

Unterreitmeier Johann (TOP 1)

Lindenau Rüdiger (TOP 2)

Mayer Elfriede (Protokoll)
Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Weiter nehmen teil:

Herr Stephan vom Landratsamt Ebersberg (zu TOP 1)

Herr Lanzinger, Architekt Gruber und Herr Wirth von der
Fa. kplan - zu TOP 1,

Herr Baumann vom Ing. Büro Rücker + Schindele (Bereich Heizung,
Lüftung, Sanitär - zu TOP 1))

Herr Scholz (Bereich Energieeffizienz),

Herr Lehnert und Herr Fuchs vom Ing.Büro Wieder (TOP 1)

Herr Semmler - (Freianlagen - TOP 1)

Frau Lichtenstern und Herrn Otzmann vom Staatl. Bauamt Freising (TOP 2)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Vorstellung der Gebäudeentwurfsplanung (Architektur)
Vorstellung der Technikentwurfs- und Freianlagenplanung
Vorstellung der Gesamtkostenberechnung
Vorlage: 2008/0354
2. Kreisstraßen
Baumaßnahmen an Kreisstraßen
Vorlage: 2008/0355
3. Kreisorgane
Bestellung der Mitglieder für den Zweckverband Rettungsdienst und
Feuerwehralarmierung
4. Bekanntgaben und Anfragen



I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 10.06.2008

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **der Vorsitzende** auf eine dringliche Erweiterung der Tagesordnung hin. Nachdem jedoch noch nicht alle Kreisausschussmitglieder anwesend seien, schlägt er vor, zunächst noch abzuwarten und später den Tagesordnungspunkt zu behandeln.

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Vorstellung der Gebäudeentwurfsplanung (Architektur) Vorstellung der Technikentwurfs- und Freianlagenplanung Vorstellung der Gesamtkostenberechnung Vorlage: 2008/0354

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Herren von der Fa. kplan und die Projektanten. Er bittet Herrn Lanzinger um Ausführung.

Herr Lanzinger erklärt, nach einer umfangreichen monatelangen Arbeit werde der Entwurf, der weiter in Zusammenarbeit mit dem Fachingenieur und den Teilplanern erstellt worden sei, vorgestellt.

Im Weiteren werde Herr Baumann den Bereich Heizung, Lüftung, Sanitär und Herr Scholz den Bereich Energieeffizient erläutern. Architekt Gruber werde die Architektur des Neubaus und die Küchenplanung vorstellen, weil eventuell eine Küchenlösung anstatt eines Pausenverkaufs zu bevorzugen sei. Herr Semmler werde die Freianlagenplanung erklären. Zum Schluss werde er auf die Kosten- und die Terminplanung eingehen.

Architekt Gruber zeigt anhand des Lageplans und einer Präsentation die Lage des Gebäudes und die Einteilung der Räume im Gebäude. Diese Aufteilung sei den Kreisausschussmitgliedern bereits bekannt. Er erklärt, gegenüber dem Entwurf habe sich räumlich und funktional nicht viel verändert. Am Lageplan haben sich nur im Zentimeterbereich Änderungen ergeben.

Eine Besonderheit seien die relativ großen Ventilatoren im Atrium, die für das Energiekonzept notwendig seien.

Er erklärt weiter, der niedrigere Gebäuderiegel schließe zur Wohnbebauung an, mit dem Atrium in der Mitte und dem anschließenden Nordriegel. Das ganze Gebäude sei nicht sehr hoch, es liege bei ca. 7 m. Das Untergeschoß werde aus der Fußgängerperspektive kaum wahrgenommen. Positiv dabei sei, dass dort trotz des Absenkens eine gute Belichtung herrschen werde.

Im Weiteren zeigt er den dominanteren dreigeschossigen Nordriegel und die Eingangssituation zum Atrium.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Außenfassaden sollen in unbehandeltem Lärchenholz verkleidet werden.

Der Vorsitzende fragt, ob das Holz mit der Naturfarbe „Aglia“ behandelt werde, ähnlich wie am neuen Gymnasium. Die Behandlung des Holzes mit Aglia verleihe dem Holz eine Einheitlichkeit und bringe deshalb mehr Akzeptanz in der Bevölkerung.

Architekt Gruber stimmt dem zu, findet dies zwar attraktiv, jedoch sei ein Anstrich derzeit nicht geplant, weil erst die Prüfung der ganzen Materialien auf Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Ökobilanz, usw. sei, um die erforderlichen Zuschüsse zu bekommen.

Weiter verweist er auf das Atrium, mit den Ventilatoren oben. Durch den weißen Anstrich werden die Trennwände betont. Die Bereiche zu den Klassenzimmern hin können farbig gestrichen werden. Er betont, wichtig für eine Passivhausbauweise sei die massive Ausführung als Speichermasse.

Weiter zeigt er die Innenansicht eines Klassenzimmers. Die Decken werden massiv ausgeführt und mit Schallschutz versehen, um die Nachhaltigkeit zu erreichen.

Architekt Gruber erklärt zu Punkt 1.3 auch die sich bietenden Möglichkeiten, um die Verwaltungsflächen in Neubau FOS/BOS zu vergrößern.

Der Vorsitzende erklärt dazu, es könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Situation eintreten, dass die Schule einmal selbständig werde und dann wäre eine eigene Verwaltung notwendig. Es sei geplant, den Bau so zu gestalten, dass Räume dann für eine eigene Verwaltung umgewidmet werden könnten.

Kreisrat Hofstetter fragt, ob der geplante Schallschutz an den Decken schon ausreichend sei.

Architekt Gruber erklärt, an den Decken werden Bänder aus Heraklith, die weiß gestrichen werden, als Schallschutz angebracht. Diese Art sei akustisch sehr gut. Nach neuen Erkenntnissen sollte die Decke nicht komplett mit dem Schallschutz verkleidet werden.

Der Boden in den Klassenzimmern werde mit Linoleum belegt, „ultra robust und einfach“.

Weiter erklärt er einen Vorschlag zur Umorganisation von Räumen. Im Moment sei eine Schülerbibliothek im Erdgeschoß geplant. Es könnte an dem Platz, wo jetzt ein Lehrerzimmer geplant sei, ein großes Büro für die Verwaltung geschaffen werden und das Lehrerzimmer an die Stelle verschoben werden, wo jetzt der Kopierraum geplant sei. Der Kopierraum würde dorthin verschoben, wo der Lehrmittelraum geplant war, usw. Somit wäre gewährleistet, relativ einfach mehr Verwaltungsfläche zu schaffen.



Als nächstes zeigt er den Entwurf der Küchenplanung. Dabei gebe es zwei Möglichkeiten, eine Catering-Küche oder eine Vollküche einzurichten.

Eine Catering-Küche habe den Vorteil, dass sie weniger koste, aber den Nachteil, dass immer jemand von außerhalb Speisen liefern müsse.

Der Vorteil einer Vollküche sei, dass sie unabhängig autark sei und auch andere Gebäude (Berufsschule, Gastro-Zentrum) mitbedient werden könnten.

Beide Lösungen seien untersucht worden. Für eine Vollküche müssten lediglich ein paar Geräte (im Besonderen Kühlgeräte) mehr angeschafft werden, ähnlich wie am neuen Gymnasium. Der preisliche Unterschied wären ca. 40.000 €. Bei Gesamtkosten von ca. 200.000 € für eine Küche sollte diese zusätzliche Investition überlegt werden.

Kreisrätin Meister fragt, welche Räume anstelle der Küche geplant waren.

Der Vorsitzende antwortet, nur Personal-WC`s.

Er fragt, ob das Schülercafe flexibel gestaltet werde und ob es Sinn mache, Getränkeautomaten im Schülercafe aufzustellen, weil die komplette gastronomische Versorgung über die Küche erfolgen werde. Es stellt sich dabei grundsätzlich die Frage, wieso dann ein Schülercafe notwendig sei.

Architekt Gruber antwortet, die Planung könne sich noch anders ergeben. Ganz am Anfang der Planungen waren z.B. auch ein Pausenhof und keine richtige Küche eingeplant. Das Schülercafe sei für den Aufenthalt der Schüler gedacht, die einen Kaffee trinken möchten, usw.

Kreisrat Peis denkt, der Unterscheid von ca. 40.000 € für eine Vollküche sollte schon eingeplant werden.

Der Vorsitzende zeigt sich über eine Investition für eine Küche bei einer landkreiseigenen Schule schon verwundert. Es sei ihm gesagt worden, dass diese Küche mehr als Umverpackungsraum genutzt werde und von Fastfood-Herstellern Essen nur ausgepackt und weitergegeben werde. Die Eltern und auch die Schulleitung seien aber anscheinend alle damit zufrieden.

Im Weiteren macht **Herr Baumann** Ausführungen zum Thema Be- und Entlüftung, die für den Bereich Küche separat geregelt sei. Der Aufwand sei technisch mehr, aber beides sei in den Gesamtinvestitionskosten eingerechnet.

Kreisrat Lackner fragt, wie hoch der Aufwand sei.

Architekt Gruber antwortet, ca. 100.000 € für die Lüftung und zusätzliche Ausgaben für den Bereich Abwasser.



Der Vorsitzende ergänzt, es sei kein Geheimnis, dass Herr Badmann, der die Mittagsbetreuung am neuen Gymnasium übernommen habe, involviert worden sei, unabhängig davon, wer das künftig einmal übernehmen wird.

Kreisrat Wiesmaier sagt, Architekt Gruber habe angedeutet, dass die Küche auch weitere Einrichtungen mit Essen versorgen könnte. Nachdem sich in unmittelbarer Nähe das Gastro-Zentrum und die Berufsschule befinden, möchte er wissen, welche Größenordnung geplant sei und wie viele Essen in der kurzen Zeit ausgegeben werden könnten.

Architekt Gruber antwortet, eigentlich sei die Küche für die FOS/BOS-Schüler geplant. Die Erfahrung zeigt, dass von ca. 700 Schülern etwa 300 ein Essen einnehmen werden. Es werde keine richtige Mensa geben. Die Schüler könnten auch in der Aula, ähnlich wie am neuen Gymnasium essen.

Der Vorsitzende bittet den anwesenden Schulleiter Biller um Äußerung dazu.

Herr Biller merkt an, künftig werde am Berufsschulgelände ein großes Schulzentrum sein. Es werde nicht kontrolliert werden können, wohin die Schüler zum Essen gehen. Die Versorgung der Berufsschüler aus der jetzigen Küche befinde sich derzeit schon an der obersten Grenze. Er könne sich vorstellen, dass auch Gastro-Schüler dann in die FOS/BOS zum Essen gehen, weil an der Berufsschule zu wenige Sitzplätze vorhanden seien.

Es sei aber zu bedenken, dass die FOS/BOS-Schüler ein anderes Klientel seien. Sie haben in der Regel nur vormittags und an zwei Wochentagen nachmittags Unterricht. Die Berufsschüler haben dagegen in der Regel auch am Nachmittag Unterricht. Wichtig wird sein, dass die Pausenverpflegung auch am Vormittag funktioniere. Deshalb findet er dieses Konzept richtig und wichtig.

Im Schülercafe werden sich die Schüler in den Freistunden aufhalten und können dort miteinander kommunizieren. Die Schulleitung habe dabei ein besonderes Konzept geplant. Mit Schülern der Berufsschule, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sei eine Art „Eigenbetrieb“ geplant. Diese Schüler sollen wie im praktischen Unterricht in einem Durchschleuseverfahren eingesetzt werden, damit sie Praxis erleben.

Der Vorsitzende fragt, wie das sichergestellt werden soll. Als Speisesaal sei das Ganze zu klein geraten.

Architekt Gruber denkt, es könne dabei nicht von der vollen Schülerzahl ausgegangen werden. Der Küchenbereich sei mit ca. 100 qm in Richtung Aula orientiert. Die Ausstattung der Küche sei vergleichbar mit der am neuen Gymnasium.

Der Vorsitzende erinnert, am neuen Gymnasium sei der Bereich ca. 25 qm groß. Es werden dort täglich ca. 300 Mittagessen eingenommen. Er denkt, die Flexibilität wäre gegeben, dass auch Gastro-Schüler an der FOS/BOS ein Mittagessen einnehmen könnten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Mehringer interessiert, wie viele Schüler insgesamt am Berufsschulgelände sein werden und wie viele Versorgungsplätze es geben wird.

Der Vorsitzende antwortet, es sei nur interessant, was neu hinzukommen wird. Der Bestand sei bisher zur Zufriedenheit erledigt. Es werden 23 Klassenzimmer mal ca. 25 Schüler, also ca. 750 Schüler hinzukommen.

Derzeit seien am neuen Gymnasium mit den FOS/BOS-Schülern insgesamt ca. 1.100 Schüler. Davon nehmen ca. 300 Schüler ein Mittagessen ein.

Kreisrat Schmidt denkt, es sei schon damit zu rechnen, dass Schüler hinzukommen werden. Deshalb sollte die neue FOS/BOS schon mit einer Vollküche ausgestattet werden. Er findet es auch interessant, dass mit dem Betrieb des Schülercafes Schüler im Eigenbetrieb angelehrt werden können. An der Schule in Landshut gebe es ein ähnliches Konzept. Diese Möglichkeit sollte zugelassen werden.

Kreisrat Hofstetter denkt, es wäre schon interessant zu wissen, wie viele Essen in der geplanten Küche in einer Stunde hergestellt werden können.

Architekt Gruber sagt, es wäre unseriös jetzt zu sagen, es können 1.000 Essen hergestellt werden. Das Ganze sei mit Herrn Badmann, einem Fachmann in dem Bereich, abgestimmt worden, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Produktion passen werde. Eine genaue Zahl müsste er nochmals erfragen.

Kreisrat Wiesmeier denkt, entscheidend werde der Zeitfaktor sein, in dem die Essen eingenommen werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Planungsbüro und die Schulleitung sollten nochmals bei Herrn Badmann erfragen, wie viel Essen maximal hergestellt werden könnten. Die Forderung seitens des Landkreises sei, dass nicht nur 300 Essen ausgegeben werden können, sondern deutlich mehr (auch ein Teil für die Berufsschüler und Gastro-Schüler), auch dann, wenn diese relativ zeitnah versorgt werden müssen. Die Forderung sei, eine entsprechende, ausreichende Kapazität kostengünstig vorzuhalten. Er denkt, die Ausgabezeiten werden sich durch die verschiedenen Schultypen sicher flexibel gestalten.

Kreisrat Lackner spricht sich aufgrund der verschiedenen Schultypen aus, dies nochmals genau zu prüfen.

Kreisrat Sterr denkt, das Schülercafe werde eine zentrale Funktion nicht nur als Kommunikationszentrum haben und sollte nicht mehr verändert werden. Er hofft, dass dies in der Realität dann auch so sein werde.

Weiter erinnert **Architekt Gruber**, am Anfang sei die Idee gewesen, eventuell auch am Gastro-Gebäude eine Rückgewinnung der Abluft zu machen. Es sei aber inzwischen festgestellt worden, dass relativ hohen Kosten dafür notwendig wären und die Amortisationszeit zu lang wäre.



Ein weiterer Punkt war, dass die neuen Gebäude FOS/BOS, Berufsschule und Gastro-Zentrum eine wirtschaftliche Einheit bilden, aber trotzdem getrennte Zähler eingebaut werden.

Herr Baumann erklärt weiter, es sei geplant mit möglichst niedrigen Temperaturen zu arbeiten, um einen möglichst geringen Wärmeverlust zu haben. Zudem gebe es das CO₂ Problem. Die Geothermie sei dabei derzeit die beste Energieversorgung.

Kreisrat Peis fragt, welchen Abstand die Ventilatoren im Atrium haben.

Architekt Gruber erklärt, genau wisse er den Abstand nicht, es seien aber feste Elemente im Dachbereich.

Zum Sonnenschutz erklärt er, es gebe verschiedene Arten von Sonnenschutz, seilgeführte und schienengeführte Systeme. Der Sonnenschutz sei nicht vergleichbar mit dem am neuen Gymnasium. Beides seien Blechjalousien. Das seilgeführte System sei dabei kostengünstiger, aber nicht so windstabil, wie ein schienengeführtes System. Am geplanten Neubau seien außen zusätzlich die Fluchtbalkone vorgesehen. Das bedeutet, dass eine Notraffung vorzusehen sei, weil die Jalousien auch bei Stromausfall funktionieren müssen. Auf eine Kostenanfrage war bei verschiedenen Anbietern zu erfahren, dass bei einer Notraffung nur ein schienengeführtes System funktionieren würde. Aber auch mit einem seilgeführten System könnte eine Windstabilität aufgrund der außen liegenden Fluchtbalkone gewährleistet werden. Er empfiehlt einen seilgeführten Sonnenschutz, die erforderliche Windstabilität wäre gewährleistet.

Kreisrat Lackner denkt, die Sonneneinstrahlung durch die Glasflächen sei sehr stark. Er fragt, ob wirklich gewährleistet sei, dass es in den Klassenzimmern nicht zu warm werden wird.

Architekt Gruber sagt, die Gefahr bestehe durch den geplanten Sonnenschutz nicht.

Der Vorsitzende erklärt, es wäre möglich, und das habe die DBU auch zuerkannt, dass in dem Bereich der Aula eine PV-Anlage mit dem Nebeneffekt einer Verschattung eingebaut würde.

Bezüglich Photovoltaik sei die DBU eher zurückhaltend und sehe die Effizienz unter Berücksichtigung der Ökobilanz nicht unbedingt positiv.

Kreisrat Kuhn denkt, beide genannten Lösungen beim Sonnenschutz seien anfällig. Er möchte wissen, ob die Möglichkeit mit einem feststehenden Sonnenschutz, ähnlich wie am Kreiskrankenhaus, untersucht worden sei. Zudem interessiert ihn, inwieweit Photovoltaik insgesamt eingeplant worden sei.

Architekt Gruber ergänzt, Photovoltaik sei nicht eingeplant worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende berichtet, der Sonnenschutz am Kreiskrankenhaus bestehe aus Lamellen, die in einem bestimmten Winkel angestellt werden und bei Tag Licht einlassen, aber bei tief stehender Sonne kaum Sonnenschutz geben.

Architekt Gruber erklärt, der Sonnenschutz habe beim Neubau der FOS/BOS eine zweifache Wirkung, den thermischen Faktor und den Blendschutz. Er tendiere zum mobilen Sonnenschutz, weil die Aufstauung der Hitze geringer sei. Ein starrer Sonnenschutz habe Vorteile bezüglich der Anfälligkeit, aber extreme Nachteile bei der Steuerbarkeit des Energieeintrags.

Herr Lanzinger ergänzt, ein Hauptaspekt bei einem Passivhaus sei die Gesamtökobilanz. Es werden sehr strenge Vorgaben gemacht. Es heißt, ein gutes Gebäude liege bei 120 kWh/qm/Jahr. Der Neubau FOS/BOS liege bei einem Wert von 60 kWh/qm/Jahr. Auch die Beschattung müsse so flexibel sein, dass der Lichteintrag und der Wärmeeintrag gesteuert werden können, um auf den Wert zu kommen.

Der Vorsitzende ergänzt noch zum Thema Photovoltaik, dass dies bei den Glaselementen (Atrium) möglich sein könnte, die abgedunkelt werden sollen. Er bittet dies abzuklären und auch zu klären, ob die DBU dies unterstütze und dafür dann eine zusätzliche Förderung gewähre.

Architekt Gruber meint, wenn die DBU daran Interesse habe, müsste es dafür auch einen Zuschuss geben.

Kreisrätin Meister fragt nach der Möglichkeit der Verwendung einer Wärmeschutzverglasung. Weiter möchte sie wissen, ob der Sonnenschutz nur die Glasflächen bedecken werde oder auch die Betonflächen, weil sich der Beton im Sommer stark aufheizen wird.

Architekt Gruber erklärt, eine Wärmeschutzverglasung komme nur im Atriumbereich in Frage. Es sei beabsichtigt, Wärme zu gewinnen. Das Gebäude werde eine Holzschalung mit einer Dämmung von 30 cm haben. Ob es dann außen 30 Grad minus oder 30 Grad plus habe, sei bei der Dämmstärke nicht maßgebend.

Kreisrätin Meister fragt, ob das Gebäude im Sommer dann nicht gekühlt werden muss.

Der Vorsitzende sagt, eine Gebäudekühlung sei geplant.

Kreisrat Treffler merkt an, er war bei der Besichtigungsfahrt nach Klaus dabei. Das wirklich Wesentliche dort war die relativ kompakte Bauweise, die bevorzugt worden sei. Es war dann der Beschluss gefasst worden, dieses Konzept auch für den Landkreis weiter zu verfolgen. In Klaus seien jedoch bestimmte Bauteile aus der Passivbauweise herausgenommen worden. Er möchte wissen, ob dies hier in einem Gebäudeteil auch der Fall sei, oder ob es relativ große Probleme bei der Be- und Entlüftung gebe, weil das Konzept jetzt eigentlich ganz anders sei.



Der Vorsitzende erklärt, es sei genau das Konzept, das beschlossen worden sei, umgesetzt worden, genau diese Gebäudesituierung, die zwei Gebäudeteile mit dem Atrium in der Mitte. Er bittet um Verständnis, dass eine noch genauere Erläuterung heute nicht stattfindet, weil das Ganze bis auf die heutige Endabstimmung schon im Bauausschuss entschieden worden sei.

Er erklärt, das Thema werde heute im Kreisausschuss behandelt, weil der neue Ausschuss „Ausschuss für Bauen und Energie“ aufgrund der Wahl noch nicht fristgerecht geladen werden konnte und die Entscheidung dringend sei, um die Ausschreibung vorbereiten zu können.

Kreisrat Hofstetter fragt, ob in den Räumen im Süden Bildschirmarbeitsplätze vorgesehen seien. Er stellt fest, dass der Wert von 60 kWh/qm/Jahr sehr gering sei.

Architekt Gruber antwortet, es seien nur Bildschirmarbeitsplätze für Lehrer vorgesehen. Die Bildschirme werden so stehen, dass es keine Blendwirkung gebe.

Der Vorsitzende erklärt zu dem genannten Wert, dies sei die Grundlage, warum die DBU eine Förderung geben wird. Die DBU verlange für jedes Bauteil eine Gesamtkobilanz. Der Nachweis sei ein Riesenaufwand und koste auch Geld.

Herr Baumann zeigt im Weiteren einen Gebäudeschnitt mit dem Atrium in der Mitte. Das Gebäude lebe von zwei zentralen Lüftungsanlagen, eine für den Norden, eine für den Süden. Die Klassenzimmer werden über eine Art Kamine versorgt. Jedes Klassenzimmer habe einen Zuluftkanal. In dem Zuluftkanal befindet sich ein Regler, der die Luftmenge abhängig von der Präsenz regelt. Die Abluft werde dann zentral im Atrium angesaugt und wieder auf das Lüftungsgerät im Heizfall zurückgeführt. Im Kühlfall werde die warme Luft über die Ventilatoren an der Decke abgeführt.

Für die Überströmung in den Klassenzimmern sei eine Lösung erarbeitet worden, die keiner Ventilatoren bedürfe. Die elektrischen Leitungen müssen so gering wie möglich sein, auch für die Ventilatoren. Deswegen sei überlegt worden, dass die Luft einfach nur durch einen ganz leichten Unterdruck überströmt. Diese Überdruckelemente haben alle Schalldämpfer eingebaut und zusätzlich die erforderlichen Brandschutzklappen. Er zeigt dazu ein Detail von der Luftführung im Klassenraum im Brüstungsbereich. Das Gebäude sei hoch gedämmt und es werde in dem Gebäude fast nie eine Heizung notwendig werden. Sobald sich Schüler im Gebäude aufhalten, werde das Gebäude überwärmt und es wird Grundwasser genommen, um die Lüftungsanlage zu kühlen. Für den Stand-by-Betrieb werden Wandheizelemente mit Thermostatventilen vorgesehen.

Im Weiteren erklärt er die Kühlung. Es gebe eine Nachtauskühlung. Dabei werde die kühle Luft nachts, wenn es draußen kühler sei als drinnen, überströmen. Wenn die Temperatur über 21 Grad ansteige, öffnen sich die Oberlichte in den Fluchttüren und lassen die kalte Luft überströmen. Die Ventilatoren erzeugen einen leichten Unterdruck und es werde dann



die 1,5-fache Luftmenge des austretenden Volumenstroms darüber strömen und damit die Decken kühlen.

Er zeigt einen Schnitt von einem Lüftungsgerät mit Zu- und Abluft. Um möglichst wenig Druckverlust zu haben, seien die ganzen Lüftungsleitungen sehr groß bemessen.

Die Wasserversorgung gehe vom Bestand aus. Es gebe einen Hydranten, von dort werden die Leitungen weiter verlegt und nochmals ein Hydrant gesetzt.

Der Vorsitzende fragt, ob für jedes Klassenzimmer Warm- und Kaltwasser vorgesehen sei.

Herr Baumann antwortet, es sei nur Kaltwasser vorgesehen, es gebe keine zentrale Warmwasserbereitung.

Weiter sei eine Regenwassernutzungsanlage geplant, eine Grauwasseranlage mit drei Regenwasserspeichern mit einer zentralen Station, die die Toiletten versorgen. Die Amortisation betrage 16,1 Jahre.

Der Vorsitzende fragt, ob geregelt sei, was dann an Abwasser zu zahlen sei. Grundsätzlich würden die kommunalen Satzungen das Abwasser nach dem Wasserverbrauch berechnen.

Herr Baumann sagt, es seien dafür Zähler eingebaut.

Weiter erklärt er, die Wärmeversorgung erfolge über die Geothermie.

Es sei bei den Registern eingespart worden. Es dürfe kein Druckverlust erfolgen, sonst gäbe es wieder zu viel elektrische Leistung. Es sei nur ein Register mit Umschaltventilen geplant, entweder für die Heizung oder für die Kühlung. Dabei gebe es Zähler, die ausgewertet werden und der Verbrauch ermittelt werden kann.

Kreisrat Kuhn fragt nach dem Querschnitt in der Brüstung.

Herr Baumann antwortet, 0,2 Meter pro Sekunde.

Kreisrat Kuhn findet das System gut, jedoch werde mehr Strom verbraucht. Um den steigenden Energiepreisen entgegen zu treten, wäre die Konsequenz eine Photovoltaikanlage. Er berichtet, viele Landwirte installieren auf den Scheunen- und Stalldächern Photovoltaikzellen. Er fragt, ob es eine Berechnung gebe, was eine gesamte Photovoltaikanlage kosten würde und wie viel investiert werden müsste.

Der Vorsitzende merkt an, die Erfahrung zeige auch, dass jeder Landwirt, der damit Strom produziere, den Strom an die Energieversorger verkaufe und selber zum Verbrauch den billigeren Strom aus dem Netz beziehe.

Die Größenordnung mit entsprechenden Fremdkapitalzinsen betrage ca. 13 bis 15 Jahre. In vielen Fällen könne aber nicht sichergestellt werden, wie es mit den Wechselrichtern aussehe. Diese seien zwar in der



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Zwischenzeit technisch schon verbessert worden. Wenn dafür eine Garantie gegeben werden soll (einschließlich Hagelschlag, usw.), was die Effizienz einer solchen Anlage wirtschaftlich beeinträchtigt, bedeutet dies, eine Verschiebung der Amortisationszeit nach hinten.

Entscheidend sei aber, dass sich die DBU skeptisch dazu geäußert habe und es bis heute in der gesamtökologischen Bewertung noch nicht nachgewiesen sei, dass PV-Anlagen positiv seien.

Kreisrat Hofstetter möchte nochmals feststellen, dass es das Ziel sei, einen Wert von möglichst 60 kWh/qm/Jahr zu erreichen. Er denkt, entscheidend dabei sei der Primärenergiebedarf.

Der Vorsitzende antwortet, eventuell sei es sinnvoll eine PV-Anlage im Atriumbereich zu planen, wo auch ein Doppelleffekt (Beschattung) erzielt werde.

Kreisrat Schmidt denkt, es sei schon richtig was Kreisrat Kuhn gesagt habe, es könne auch ein Denken über 15 Jahre hinaus sein.

Der Vorsitzende fragt, ob es konsensfähig sei, in Teilen im Atriumsbereich, wo eine Beschattung möglicherweise angebracht werden soll, eine PV-Anlage einzuplanen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu und beauftragen den Vorsitzenden, bei der DBU zu versuchen, dafür eine Förderung zu bekommen, um eine Kostenneutralität herstellen zu können.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Herr Lehnert erklärt zum Thema Elektro, die zentrale Stromversorgung gehe über die Trafostation. Er erklärt die Stromverteilung. In den Klassenräumen sei eine Standardbeleuchtung mit neun Leuchten mit hohem Wirkungsgrad, Lautsprechern und Brandmeldern mit Alarmsignal vorgesehen.

Er zeigt eine Folie über die Brandmeldeanlage und erklärt, sämtliche Flure, Rettungswege und Klassenzimmer werden überwacht. Das Signal erfolge über Sockelsirenen und diese seien bei der Polizei aufgeschaltet.

Die Aufzugsanlagen seien in einer einfachen Ausführung und behindertengerecht.

Der Vorsitzende erinnert, das Landratsamt habe sich beim Projekt „Ökoprotit“ beteiligt. Es sei festgestellt worden, dass in den meisten Fluren jede zweite Lampe herausgenommen werden sollte, weil dies nicht notwendig wäre. Er denkt, dies sollte bereits bei den Planungen berücksichtigt werden. Er bittet zu prüfen, was unabdingbar notwendig sei.

Auch bei der Aula sollte keine Luxusversion geplant werden, sie sollte robust und einfach, ähnlich wie am neuen Gymnasium gestaltet werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Lehnert antwortet, die Klassenzimmer seien mit DIN 100 Lux-Lampen ausgestattet. Das Licht werde nur eingeschaltet, wenn es erforderlich sei.

Herr Semmler erklärt zu den Freianlagen, es seien sechs Bereiche der Außenanlagen (Stellplätze im Westen mit ca. 160 Stellplätze, großer Pausenhof, Eingangsbereich West, Sportplatzbereich und Eingangs- und Vorplatzbereich Ost und für das Gastro-Zentrum eine Zufahrt und 16 Stellplätze an der Freisinger Straße) geplant.

Die Stellplatzanlage werde von der Siglfinger Straße durch drei Einfahrten erreichbar sein. In dem Bereich werden 160 Stellplätze und 10 Motorradstellplätze errichtet.

Der Vorsitzende fragt, ob dort nicht mehr Bäume als Parkplätze geplant worden seien.

Herr Semmler antwortet, dass sich die Bäume nach den Vorgaben der Stellplatzsatzung der Stadt Erding richten (je fünf Stellplätze ein Baum).

Der Vorsitzende bittet zu prüfen, ob die Baumbepflanzung auf den Grünflächenstreifen erfolgen könnte, damit nicht für Parkplätze nutzbare Flächen verloren gehen. Der Berufsschuldirektor weise immer wieder darauf hin, dass es zu wenige Parkplätze für das Schulzentrum gebe.

Kreisrat Gotz betont, an der Berufsschule gebe es ein erhebliches Parkplatzproblem. Es werde dabei nicht gewünscht, dass die Schüler in der angrenzenden Fichtenstraße parken.

Herr Semmler sagt, die Möglichkeit besteht, die Bäume vor den Stellplätzen anzuordnen. Es werde dann aber einen Stellplatzschlauch von ca. 90 m in einer Länge geben.

Der Vorsitzende sagt, jetzt gebe es den Stellplatzschlauch auf den Straßen. Die Autos werden nicht dadurch weniger, dass es weniger Stellplätze gibt.

Kreisrat Peis denkt, es gebe sicher noch andere Möglichkeiten, wie mehr Parkplätze geschaffen werden könnten.

Kreisrat Mehringer meint, nachdem die Freisinger Straße verkehrsmäßig stark belastet sei, werden drei Ein- und Ausfahrten schwierig sein. Er fragt, ob es eine andere Möglichkeit gebe, direkt in die alte Freisinger Straße.

Der Vorsitzende sagt, es gebe entlang der Siglfinger Straße mehrere Zu- und Ausfahrten. Eventuell müsste dies durch ein Verkehrsleitsystem dann geregelt werden.

Kreisrat Schmidt fragt, ob dort eine direkte Busanbindung geplant sei.



Der Vorsitzende sagt, die Busanbindung befinde sich ein Stück weiter vorne. Von einer eigenen Bushaltestelle rate er ab.

Herr Semmler ergänzt, wenn nur eine Ein- und Ausfahrt geschaffen würde, würden wieder Stellplätze wegfallen.

Er erklärt weiter, die Entwässerung der Stellplätze erfolge durch ein wasserdurchlässiges Betonpflaster. Die Fahrgasse sei momentan in Asphalt geplant.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Kuhn merkt an, ihm sei aufgefallen, dass sechs Parkplätze pro Klasse geschaffen werden. Er berichtet von Schulen in München und Rosenheim, die einen Stellplatz pro Klasse vorweisen. Schüler, die parken dürfen, bekommen einen Parkausweis, somit habe sich das Problem gelöst.

Er denkt, je mehr Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, desto mehr Schüler werden mit dem Auto zur Schule fahren und somit werde der Verkehr angezogen. Es gebe Busanbindungen, die S-Bahn, usw., die von den Schülern benutzt werden sollten.

Der Vorsitzende fragt daraufhin, warum es dann am Anne-Frank-Gymnasium nicht möglich gewesen sei, in einem Naturdenkmalbereich die parkenden Autos weg zu bekommen. Er hätte es befürwortet, es war aber keine Mehrheit dafür zu finden.

Kreisrat Kuhn habe Recht mit der Aussage, weniger Parkplätze bedeuten weniger Autos. Es sei aber zu bedenken, dass die Schüler dann ihre Autos in den umliegenden Straßen parken. Es sei auch zu bedenken, dass die FOS/BOS-Schüler schon älter seien und ein sehr hoher Anteil einen Führerschein besitze.

Die Stellplatzsatzung der Stadt Erding müsse aber eingehalten werden und der Nachweis sei zu erbringen. Um eine Verbesserung bezüglich des Parkens in den anliegenden Straßen zu erreichen, sollten so viele Parkplätze geschaffen werden wie möglich. Der Vorsitzende bittet Kreisrat Kuhn im Stadtrat Erding das Thema Stellplatzsatzung darzustellen. Zudem sei er der Meinung, wenn Privatbürger Satzungen befolgen müssen, wäre es ein schlechtes Vorbild, wenn der Landkreis diese nicht einhalten würde.

Herr Semmler erklärt, er werde dies in der nächsten Phase bei der Genehmigungsplanung noch mit der Stadt Erding genau abklären.

Kreisrat Gotz erklärt, es sei eine ganz lange Forderung der Stadt Erding, in dem Bereich mehr Parkplätze zu bekommen. Er bittet, nachdem auch Kreisrat Kuhn Stadtrat sei, auch bei der Meinung zu bleiben. Die anliegende Wohnsiedlung sei mit Autos der Schule oft total zugeparkt, so dass Bewohner oft nicht mit dem eigenen Auto aus der Garage fahren können.

Eine andere Möglichkeit wäre, ein Parkdeck zu bauen. Auch dies sollte diskutiert werden.



Kreisrat Peis spricht sich für die Schaffung von möglichst vielen Parkplätzen aus.

Kreisrätin Meister fragt, ob es für die FOS/BOS eine Sportanlage im Freien geben wird.

Der Vorsitzende antwortet, die Sportstunden werden in der Sporthalle der Berufsschule stattfinden. Es könnten höchstens schulische Freiflächen an anderen landkreiseigenen Schulen in Anspruch genommen werden.

Büro des Landrats
BL

Weiter erklärt **Herr Semmler**, zur Wohnbebauung hin sei eine Lärmschutzwand mit 2,50 m Höhe auf 90 m Länge geplant.

Er zeigt den Lichtgraben des Kellergeschoßes, der mit Bodendeckern begrünt werden soll. Im östlichen Bereich sei ein großer Vorplatz zwischen Gastro-Zentrum und der neuen FOS/BOS geplant. Im südlichen Bereich werde der Pausenhof sein.

Der Vorsitzende fragt, wie viele Brücken über den Lichtgraben erforderlich seien.

Herr Lanzinger antwortet, vier Stück. Die Schüler können im Notfall über Außentreppe am Gebäude nach unten kommen.

Herr Semmler erklärt weiter, die Entwässerung erfolge durch Schlitzrinnen und anschließender Rigolenversickerung. Zur räumlichen Fassung des Pausenhofes zur Südgrenze seien Heckenstreifen geplant.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Die Bäume sind in den allgemeinen Grünflächen unterzubringen, um damit an die 50 Parkplätze mehr zu gewinnen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11: 2 Stimmen.**

Zur Kostenberechnung erklärt **Herr Lanzinger**, die ursprüngliche Kostenschätzung sei bei 14 Mio € für ein konventionelles Gebäude gewesen. Die Mehrkosten für das Passivhauskonzept waren ca. 1 Mio. €, insgesamt ca. also ca. 15 Mio € Gesamtkosten brutto, einschließlich Baunebenkosten und Mehrwertsteuer.

Die Kostenschätzung nach der Entwurfsplanung liege jetzt bei 16.370.000 € mit Mehrkosten von 1.305.858 €. Diese Kosten teilen sich auf:

- für den Passivhausstandard zusätzlich 230.000 €,
- für die Nachhaltigkeit (Regenwasserrückhaltebecken usw.) 145.000 €,
- für zusätzliche Wünsche (zusätzlichen Informatikraum, Küche, Medientechnik, Medientechnik in der Aula, usw.) 266.000 € und
- für zusätzliche notwendige Maßnahmen wie „Weiße Wanne“ im Untergeschoß wegen dem Grundwasser, Brandschutz, Bodenbewegungen wegen des Denkmalschutzes, Entwässerung der Lichtgräben, usw. 305.000 €



Herr Lanzinger erklärt, die Hauptkosten von den 266.000 € seien die Küche und die baulichen Veränderungen bezüglich des Informatikraums.

Für die „Weiße Wanne“ seien ca. 215.000 € erforderlich. Der Brandschutz müsse dementsprechend angepasst werden.

Der Vorsitzende zeigt sich überrascht, weil schon damals ein Bodengutachten in Auftrag gegeben worden sei.

Herr Lanzinger erklärt, das Ganze sei so, wie es sich jetzt in Wirklichkeit darstellt, nicht abschätzbar gewesen.

Architekt Gruber erklärt, wenn das Grundwasser wirklich so weit ansteige, wie nach dem Jahrhundertpegel errechnet, würde das Gebäude im Wasser stehen und das Wasser ins Gebäude drücken. Der zu befürchtende Schaden wäre dann zu groß.

Kreisrat Els fragt nach der Aufteilung der Finanzierung.

Herr Lanzinger erklärt, die förderfähige Fläche betrage 4.200 qm. Der Kostenrichtwert sei von 2.944 €/qm auf 3.130 €/qm angehoben worden. Die förderfähigen Kosten seien somit 13.150.000 €, davon sei die Förderung 34,04 %. Die Förderung (FAG Mittel) werde ca. 4.476.260 € sein. Von der DBU sei bisher ein Zuschuss für die Planungskosten von 125.000 € signalisiert worden. Voraussichtlich werde die DBU nochmals 400.000 € an Zuschuss gewähren.

Unsicher sei auch, ob über die FAG-Mittel noch eine höhere Förderung möglich sei.

Der Eigenanteil der Landkreis werde ca. 11.368.740 € betragen.

Der Vorsitzende fragt, ob diese Zahlen auch der Kämmerei so vorliegen. Er habe eine Summe von 10,5 Mio € in Erinnerung.

Herr Helfer antwortet, er sei von einer förderfähigen Fläche von 4.000 qm und von einer Förderhöhe von 4.250.000 € ausgegangen. Der endgültige Fördersatz der Regierung liege noch nicht vor.

Der Vorsitzende bittet das genau abzuklären.

Herr Lanzinger erklärt, damals waren die Kosten bei 10,5 Mio € und dazu die Mehrkosten gerechnet, ergibt ca. 11,4 Mio €

Der Vorsitzende merkt an, von den ca. 11,4 Mio € werde der Landkreis Ebersberg einen Anteil von 30 % zahlen. So verbleiben für den Landkreis Erding ca. 8 Mio €

Der Vorsitzende wünscht, weitere Kosteneinsparungspotentiale auszunutzen.

Dazu ergeben sich keine Fragen.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Lackner bittet, die Kostenaufstellung mit dem Protokoll zu bekommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Weiter erklärt **Herr Lanzinger** zum Terminplan, die Freigabe für den Entwurf sei heute. Der nächste Schritt sei die Baugenehmigung, die parallel zu den Ausführungsplanungen und Ausschreibungsunterlagen laufe. Die Ausschreibung sei für Ende September geplant. Die Angebote sollen bis Mitte Dezember 2008 vorliegen. Der Baubeginn sei für Mitte Februar 2009 geplant. Die Baufertigstellung werde im Juni 2010 sein.

Der Vorsitzende berichtet, die Baufertigstellung schiebe sich weiter nach hinten als ursprünglich geplant war. Er sei nochmals bei der Obersten Baubehörde gewesen und habe dafür geworben, das Vorhaben in einem Ausschreibungsverfahren mit einem Generalunternehmer durchführen zu dürfen. Die Reg. v. Obb habe dabei deutlich gemacht, dass sie das Modell so nicht akzeptieren könne. Vielmehr sei eine parallele Ausschreibung erforderlich. Man habe ihm allerdings einen sog. „Generalunternehmerbonus“ wegen der Abwälzung verschiedener Risiken zugewilligt, der bei einer Generalunternehmerausschreibung nicht notwendig gewesen wäre.

Beide Ausschreibungsvarianten Einzelgewerke und Generalunternehmer müssen erarbeitet werden, das bedeutet einen zusätzlichen Aufwand und einen zusätzlichen Zeitverzug.

Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0005-14

- 1) Der vorgestellten Gebäudeentwurfsplanung (Architektur) wird zugestimmt.
Die Küche soll nach **Variante A** (Vollküche) errichtet werden.
Der Sonnenschutz soll nach **Variante A** errichtet werden.
- 2) Der vorgestellten Technikentwurfsplanung für die Bereich Heizung, Sanitär und Lüftung wird zugestimmt.

Der vorgestellten Technikentwurfsplanung für den Bereich Elektro wird zugestimmt. (Vorbehaltlich einer DBU-Förderung ist im Atriumbereich eine PV-Anlage vorzusehen).

Der vorgestellten Freianlagenplanung wird zugestimmt unter der Maßgabe, dass die Baumbepflanzung im Grünstreifenbereich untergebracht wird und dadurch zusätzliche Parkplätze entstehen.

- 3) Der Gesamtkostenberechnung wird zugestimmt. Der Generalplaner wird beauftragt, weitere Einsparungspotentiale zu erschließen und auszunutzen.

Anmerkung:

Die tatsächlich förderfähigen Flächen sind zu ermitteln und im zuständigen Ausschuss bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Herren für die Teilnahme an der Sitzung.

Nachdem einige Kreisräte frühzeitig die Sitzung verlassen möchten erklärt der Vorsitzende, es sei notwendig, dass alle Kreisräte für die Erweiterung anwesend seien. Selbst auf die Gefahr hin, einen Formfehler zu begehen, möchte er die dringliche Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung; Bestellung der Verbandsräte“ vornehmen, um einen Fehler bei der Bestellung der Verbandsräte zu korrigieren.

Er bringt den Vorschlag, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**
(ohne KR Hofstetter und Gegenstimme KR Kuhn Günther)

2. Kreisstraßen Baumaßnahmen an Kreisstraßen Vorlage: 2008/0355

Der Vorsitzende begrüßt Frau Lichtenstern und Herrn Hotzmann vom Staatlichen Bauamt Freising.

Der Vorsitzende erklärt, neu im Vorlagebericht sei der letzte Punkt, eine neue Formulierung: „Maßnahmen des Planungsprogramms“.

Die Zustimmung der Kreisausschussmitglieder vorausgesetzt, sei darin die Maßnahme der „Nordumfahrung Erding“ festgelegt und eine Verbesserung des umliegenden Straßennetzes, z.B. ED 20 mit der Verbindung zwischen Walpertskirchen und Neumauggen.

Frau Lichtenstern erklärt die einzelnen Maßnahmen zum Kreisstraßenprogramm 2009.

Zur Nr. 1 – ED 05, Deckenbau Ortsdurchfahrt Moosinning – Freisinger Straße, erklärt sie, die vorhandene bituminöse Befestigung der ED 05 sei etwa 14 cm stark. Dieser Aufbau entspreche im Gesamten nicht der notwendigen Oberbaudicke für die heutige Verkehrsbelastung. Zudem weise die obere Schicht der Fahrbahndecke Spurrinnen, Netzrisse und Ausmagerungen auf. Auch die Entwässerungseinrichtungen bedürfen einer Sanierung. Die Gemeinde werde die Bordeinfassungen erneuern und prüfe momentan, ob sie die jetzt bestehenden sanierungsbedürftigen Gehwege in einen Geh- und Radweg ausbauen wird. Dies wäre sinnvoll, um eine durchgängige Verbindung nach Notzing zu haben. Dazu müssen aber noch die Grundstücksverhältnisse geklärt werden. Es sei deshalb eine Gemeinschaftsbaumaßnahme geplant.



**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL



Die Maßnahme sei für den Landkreis zuschussfähig. Die geschätzten Baukosten betragen ca. 182.750 € mit Ausstattung 2.500 € und Verwaltungskosten von 9.750 €.

Kreisrat Kuhn möchte wissen, was unter „Ausstattung“ zu verstehen sei.

Frau Lichtenstern antwortet, unter Ausstattung sei die Markierung, Beschilderung, usw. gemeint.

Büro des Landrats
BL

Weiter möchte **Kreisrat Kuhn** wissen, weil es immer wieder das Problem gebe, dass Straßen oder Gehwege kurz nach der Erneuerung wieder aufgerissen werden, ob es Absprachen, z.B. mit der Telecom, usw. gebe.

Frau Lichtenstern erklärt, vor jeder Maßnahme werden die einzelnen Sparten angeschrieben und von der Baumaßnahme in Kenntnis gesetzt. Oftmals werden zusammen die notwendigen Leitungen oder Leerrohre verlegt. Diese Sparten kennen die Haltung des Staatl. Bauamtes Freising, wo nach zwei Jahren keine Leitungen mehr verlegt werden dürfen.

Der Vorsitzende ergänzt, es sei inzwischen gängige Praxis, wenn die Spartenträger (auch z.B. Wasserversorgung), bei einer Maßnahme nicht bereit seien, eventuell Leitungen neu zu verlegen, dass mit der Maßnahme noch abgewartet werde.

Zur Nr. 2 – ED 13, Ausbau Hampersdorf – Moos erklärt **Frau Lichtenstern**, diese Maßnahme teile sich in drei Bauabschnitte. Der 1. Bauabschnitt Hampersdorf – Jakobrettenbach sei für 2009 geplant. Die vorhandene bituminöse Befestigung der ED 13 sei ca. 20 cm stark. Dieser Aufbau entspreche im gesamten nicht der notwendigen Oberbaudicke für die jetzige Verkehrsbelastung und die Fahrbahndecke weise Spurrinnen, Netzrisse und Ausmagerungen auf. Die Decke werde nur abgefräst und eine Asphaltsschicht aufgebracht. Die Gesamtbaumaßnahme sei zuschussfähig. Es seien geschätzte Baukosten von 325.000 € mit Ausstattung 7.500 € und Verwaltungskosten von 17.500 € veranschlagt.

Kreisrat Kuhn fragt, ob für die Kosten, die der Landkreis zu übernehmen habe, der Zuschuss schon weggerechnet worden sei.

Der Vorsitzende sagt, der Zuschuss sei noch nicht weggerechnet, weil die Zuschusshöhe im Detail noch nicht bekannt sei.

Zur Nr. 3 – ED 20 Deckenbau Ortsdurchfahrt Grucking erklärt **Frau Lichtenstern**, die Gemeinde Fraunberg werde dieses Jahr den Geh- und Radweg bauen. Der Landkreis werde dann 2009 die Fahrbahndecke erneuern. Die Maßnahme sei für den Landkreis nicht zuschussfähig, weil es sich nur um eine Erneuerung der Asphaltdecke und Sanierung der Entwässerungsanlagen handle. Die geschätzten Baukosten belaufen sich auf 159.500 €, die Ausstattung auf 2.000 € und die Verwaltungskosten auf 8.500 €.

Zur Nr. 4 – ED 20, Ausbau zwischen Buch a. B. und Pemmering, erklärt sie, der erste Bauabschnitt bis Oberbuch sei 2007 durchgeführt worden.



Der 2. Bauabschnitt bis Pemmering sei 2009 geplant. Diese Maßnahme sei zuschussfähig. Die geschätzten Baukosten belaufen sich auf 670.900 €, die Ausstattung auf 15.000 € und die Verwaltungskosten auf 36.100 €.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Wiesmeier findet es gut, dass das Planungsprogramm neu aufgenommen worden sei. Er habe das Problem mit der Holzlanderschließung. Die ED 2 (Wartenberg, von der Autobahn her kommend) sei für den Fernlastverkehr gesperrt. Er möchte wissen, ob es Aussagen gebe, dass das Holzland für den Zuliefererverkehr geöffnet wird. Der derzeitige Zustand sei untragbar.

Der Vorsitzende antwortet, er habe vor der Kommunalwahl keine weiteren Gespräche mehr mit den zuständigen Bürgermeistern geführt. Es sei jetzt wieder der richtige Zeitpunkt, mit den neu im Amt befindlichen Bürgermeistern diese Gespräche wieder aufzunehmen und auch deutlich zu machen, dass der Autobahnzubringer A 92 im Bereich Langenpreising mit einer Gesamtanbindung an das klassifizierte Straßennetz zu sehen sei. Dabei müssen diese Netzfunktionen, auch bezüglich der Ortsumfahrungen, insgesamt bewertet werden. Es könnte mit Lückenschließungen möglicherweise das eine oder andere verbessert werden. Er denkt, im nächsten Halbjahr werde er mit den Bürgermeistern entsprechende Gespräche führen. Er bittet Frau Lichtenstern, diese Thematik im Auge zu behalten, um insgesamt strategisch das klassifizierte Straßenverkehrsnetz zu ertüchtigen.

Kreisrat Els möchte zu Nr. 4 - ED 20, Ausbau zwischen Buch a. B. und Pemmering wissen, ob bei dieser Maßnahme Grunderwerb zu tätigen sei.

Frau Lichtenstern antwortet, es seien noch Verhandlungen mit einem Grundstückseigentümer zu führen.

Kreisrat Treffler möchte zu Nr. 2 - ED 13, Ausbau Hampersdorf – Moos wissen, warum die Maßnahme bei Hampersdorf begonnen wird.

Frau Lichtenstern erklärt, im Bereich Moos befinden sich zwei Brückenbauwerke über die Vils. Bevor der Deckenbau erfolgt, müsse die Querung im Vordergrund gesehen werden.

Kreisrat Kuhn möchte eine getrennte Abstimmung und weist darauf hin, dass er die Zustimmung zur Nordumfahrung Erding nicht geben möchte.

Kreisrat Treffler schließt sich der Aussage von Kreisrat Kuhn an.

Der Vorsitzende erinnert, dass es schon einen Grundsatzbeschluss (Beschluss zur Planung) zur Nordumfahrung Erding gebe. Heute sei darüber nicht abzustimmen.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0006-14

1. Vorbehaltlich der durch den Kreistag bereitzustellenden Mittel für den Straßenbau sind im Jahr 2009 die Straßen- und Radwegbaumaßnahmen mit den laufenden **Nummern 1 bis 4** mit



einem Bruttobetrag von **1.220.000 €** der beiliegenden Liste durchzuführen.

2. Das Staatliche Bauamt Freising wird beauftragt, die Straßenbaumaßnahmen im Jahr 2009 abzuwickeln.

3. Das Staatliche Bauamt Freising wird beauftragt, die Maßnahmen aus dem Planungsprogramm auszuarbeiten.

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

3. Kreisorgane Bestellung der Mitglieder für den Zweckverband Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung

Der Vorsitzende erklärt, für den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung seien in der Kreistagssitzung am 26.06.2008 folgende Mitglieder benannt worden:

	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter
1	Hofstetter Franz	Slawny Manfred
2	Vogl Wilhelm	Gruber Michael
3	Wegmaier Alexander	Kruppa Pamela

Dies sei ein Mitglied zu viel, weil dem Landkreis Erding insgesamt, also mit dem Landrat als geborenem Mitglied, nur 3 Sitze in der Verbandsversammlung zustehen.

Herr Fischer merkt an, es sei eine Empfehlung an den Kreistag auszusprechen, welche Mitglieder neu benannt werden sollen.

Der Vorsitzende sagt, die CSU schlägt vor, dass auf ein ordentliches Mitglied verzichtet werde.

Die SPD sei einverstanden, nur einen Stellvertreter zu benennen.

Kreisrätin Meister schlägt für die SPD-Fraktion vor, Kreisrat Slawny zu streichen und nennt als einen Stellvertreter Kreisrat Gruber Michael.

Die neuen Vertreter werden in der Kreistagssitzung endgültig bestellt. Der Vorsitzende bittet um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: Kreisrat Kuhn)

4. Bekanntgaben und Anfragen

Kreisrat Kuhn wünscht, dass die Internetseiten des Landkreises baldmöglichst aktualisiert werden.

Der Vorsitzende bittet Herrn Fischer zu veranlassen, dass die Mitarbeiter im Sachgebiet 15 dies unverzüglich erledigen.

Ende des öffentlichen teils der Sitzung um 17.25 Uhr.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte